

UMWELT, KLIMA & ENERGIE

Titel	Seite
Städtische Liegenschaften bis 2030 klimaneutral machen	2
Aufsuchende Grünberatung – 6 Stellen für mehr Begrünung in der Stadt	3
CO ₂ -Bilanzierung: Mehr Stellen, um den Klimavorbehalt umsetzen zu können	4
Baumschutzsatzung auf gesamtes Stadtgebiet ausweiten	5
Trinkbrunnennetz in allen Stadtbezirken	6
Schon mal üben: Flugzeugfreier Tag	7
Externes Gutachten zur klimaneutralen Fernwärme	8
Machbarkeitsstudie zur Kreislaufwirtschaft: Müllverbrennung beenden	9
Erneuerung bzw. Verbesserung des Taubenturms Seilerwasen in Bad Cannstatt	10
Schaffung von sechs Fütterungsstellen für Tauben	11
Krankenstation für Tauben	12
0,5 Stelle zur Betreuung der Taubenfütterungsstellen und Taubenschläge	13
Rückstellung finanzieller Mittel für Max-Eyth-See	14
Weitere Taubenschläge schaffen	15
Berufung eines Tier- und Artenschutzbeauftragten	16
Steuerung der Mobilfunkversorgung	17
Kommerzielles Werbeverbot im öffentlichen Raum und an städtisch beherrschten Einrichtungen	19
Fit für die Zukunft: Die SWSG wird bis 2030 klimaneutral	21
Ausbau der Digitalisierung an Stuttgarter Schulen mit VLC / LiFi Ausstattung	23
Stadtwald - Pflegerische Waldstrategie	25
Baumschule im Garten-, Friedhofs- und Forstamt prüfen	26
Bewässerungssystem zur Verbesserung der Baumgesundheit erproben	28
Zeitarbeitsarbeiten im Bereich der Baum- und Friedhofspflege ins Amt zurückholen	29
Die nachhaltige Stadt bekämpft Lebensmittelverschwendung	30
Einführung eines veganen Gerichts in städtischen Kantinen	33
Summe: 25 Anträge	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Städtische Liegenschaften bis 2030 klimaneutral machen

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für das stadtinterne Contracting werden angepasst, um zu erreichen, dass im Jahr 2030 alle städtischen Liegenschaften klimaneutral sind. Die hierfür notwendigen Mittel und Stellen legt die Verwaltung im Laufe der Haushaltsberatungen vor.

Begründung:

Die größte Herausforderung der urbanen Energiewende ist die Sanierung des Liegenschafts-Bestands. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:

- a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
- b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzung für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage städtischer Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegenschaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärmepumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Anlagen vorliegen oder geschaffen werden können.

Will Stuttgart spätestens im Jahr 2035 klimaneutral sein, so muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und bereits 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert entsprechend klimaneutral gestaltet haben. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aufsuchende Grünberatung – 6 Stellen für mehr Begrünung in der Stadt

Wir beantragen:

1. Die Schaffung von 6 Personalstellen für aufsuchende Grünberatung in den Bezirken Mitte, Ost, West, Nord, Süd und Bad Cannstatt
2. Ein Budget für die Grünberater*innen in Höhe von 600 000. Euro pro Jahr

Begründung:

Zwar existiert ein Programm zur Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden (Richtlinie für das kommunale Grünprogramm der Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung der Hof-, Dach-, und Fassadenbegrünung; GRDRs 608/2014), die Stadt bietet hierfür auch eine kostenfreie Beratung an. Die Begrünung von Dächern und Fassaden hat bauphysikalisch, lufthygienisch und stadtökologisch eine umfassend positive Wirkung. Weitere positive Eigenschaften sind die Senkung der Kosten für Klimatisierung von Gebäuden sowie ein verbesserter Lärmschutz. Die Begrünung von Hinterhöfen hat ebenfalls positive Effekte auf das lokale Klima (vor allem im Sommer) und reduziert die Schadstoffbelastung in der Luft. Trotzdem wird das Programm mit seinen Förderbedingungen (maximal die Hälfte der Kosten werden übernommen, die Obergrenze liegt bei 10 000 Euro pro Projekt) nicht in dem Maße nachgefragt, wie man sich das erhofft hat.

Viele Bürger*innen haben keine Kenntnis von der Existenz eines solchen Programms, hier kann eine aufsuchende Beratung Abhilfe schaffen. Das Ziel sollte sein, dass zunächst in den inneren Stadtbezirken und in Bad Cannstatt je eine Stelle geschaffen wird, da diese besonders von der Klimaerwärmung und den Folgen betroffen sind. Die Grünberater*innen werden die Aufgabe haben, aufsuchend die Bürger*innen über die Fördermöglichkeiten zu informieren und sie dabei zu unterstützen, für mehr Begrünung in ihrem Umfeld zu sorgen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

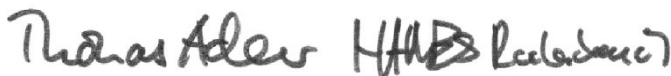
CO₂-Bilanzierung: Mehr Stellen, um den Klimavorbehalt umsetzen zu können

Wir beantragen:

1. Für die CO₂-Bewertung und Bilanzierung werden nicht nur eine Stelle, sondern 10,0 Stellen (EG13) und ein Finanzbedarf von 700 000 Euro anstelle von 70 000 Euro in den Haushalt eingestellt (Siehe Aktionsprogramm Klimaschutz GRDRs 975/2019, Abschnitt D).

Begründung:

Ähnlich wie bei der Abteilung Haushalt der Kämmerei braucht Stuttgart eine Abteilung mit zehn Mitarbeiter*innen, um möglichst schnell eine effektive CO₂-Bewertung und Bilanzierung vornehmen zu können. Ziel muss es sein, dass alle Beschlüsse des Gemeinderats vor der Einbringung mit dem Hinweis verbunden sind, welche Klimafolgen der jeweilige Beschluss haben wird. Auf dieser Grundlage kann der Gemeinderat dann auch Alternativen entwickeln und ggf. auch Beschlüsse verhindern mit Verweis auf den Klimavorbehalt. Ein solches Instrument der CO₂-Bilanzierung und Bewertung schafft eine Transparenz für das gesamte Verwaltungshandeln und gibt auch den Bürger*innen die Chance, das Handeln von Gemeinderat und Verwaltung unter Klimaaspekten zu beurteilen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Baumschutzsatzung auf gesamtes Stadtgebiet ausweiten


Wir beantragen:

1. Die Baumschutzsatzung wird auf die bebauten Bereiche der Gesamtstadt ausgeweitet. Hierfür sind im Haushalt und Stellenplan unbefristet: 1 Stelle EG13 und 2 Stellen EG 12 sowie 50.000 € Gutachterkosten p.a. einzustellen.

Begründung:

Die Ausweitung der Baumschutzsatzung ist ausdrückliche Empfehlung im städtischen Programm KLIMAKS. Auch die Verwaltungsspitze befürwortet die Ausweitung der Baumschutzsatzung ausdrücklich.

Bäume tragen in vielfacher Hinsicht zur Verbesserung des Bioklimas bei und bedürfen nicht nur in der Innenstadt eines besonderen Schutzes - über die generellen Schutzregelungen des Naturschutzgesetzes hinaus. Die Wohlfahrtswirkungen von Bäumen in klimatischer Hinsicht sind vielfältig. Ohne die grünen Lungen in den Straßenzügen und Grünanlagen drohen verstärkte Hitzeinseleffekte.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Trinkbrunnennetz in allen Stadtbezirken

Antrag:

1. Zum Betrieb zusätzlicher Trinkbrunnen und Wasserspender im Stadtgebiet wird für das Haushaltsjahr 2020 und 2021 eine Summe von zusätzlich 80.000 Euro eingestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2022ff wird das jährliche Budget auf 200.000 Euro erhöht.
2. Neue Trinkbrunnen und Wasserspender können künftig in allen Stadtbezirken, nicht nur der Innenstadt, aus der zweckgebundenen Rücklage Klimaschutz finanziert werden.

Begründung:

Über die zweckgebundene Rücklage Klimaschutz kann künftig die Installation zusätzlicher Trinkbrunnen und Wasserspender im Stadtgebiet finanziert werden. Nicht jedoch die Betriebskosten. Mit der Summe von zusätzlich 80.000 Euro pro Jahr können 20 zusätzliche Trinkstellen im Betrieb finanziert werden. Ab 2022 sind 200.000 Euro pro Jahr erforderlich, um die avisierten 50 neuen Trinkbrunnen betreiben zu können. Gegenwärtig betreibt das Tiefbauamt 96 Trinkbrunnenanlagen im Stadtgebiet. Bei der Umgestaltung von Plätzen und Aufenthaltsräumen soll künftig aus Gründen der Gesundheitsprävention und zur Klimaanpassung im Regelfall ein Trinkwasserspender installiert werden.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

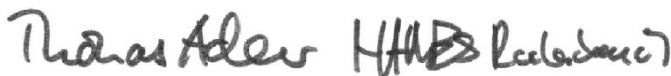
Schon mal üben: Flugzeugfreier Tag

Wir beantragen:

1. Für einen flugzeugfreien Tag in Stuttgart stellt die Verwaltung dem Flughafen Stuttgart die notwendigen finanziellen Mittel bereit, um die Ausfälle für einen Tag zu kompensieren. Die Stadt Stuttgart setzt sich dafür ein, an dem flugzeugfreien Tag einen Tag der offenen Türe auf dem gesamten Flughafengelände zu veranstalten und den Bürger*innen eine andere Perspektive auf den Flughafen bzw. das Rollfeld zu geben.

Begründung:

Im Jahr 2005 haben wir bereits einen autofreien Sonntag als Teil einer sozialen und ökologischen Verkehrswende beantragt (Nr.118/2005). Exakt 5277 Tage später, am 22. September 2019 war es dann so weit: 0,069 Prozent des Stuttgarter Straßennetzes wurden für 19 Stunden dem motorisierten Individualverkehr entzogen. Die Bürger*innen durften ganze sieben Stunden das Rauschen der Brunnen anstelle des dauernden Verkehrslärms genießen. Angesichts dieser Schlagzahl scheint es angebracht, dass Pilotprojekte frühzeitig beantragt werden müssen, damit deren Umsetzung nicht in den Verdacht geraten, länger als 15 Jahre zu benötigen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

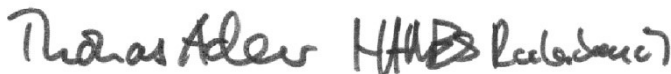
Externes Gutachten zur klimaneutralen Fernwärme

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für ein technisch-wirtschaftliches Gutachten zur Untersuchung, wie die Stuttgarter Fernwärme bis zum Jahr 2030 komplett klimaneutral erzeugt werden kann.

Begründung:

Ein wichtiger Baustein der urbanen Energiewende ist die Frage, wie die in den Haushalten benötigte Wärme klimaneutral erzeugt werden kann. Die bisherige Anbieterin Energie Baden-Württemberg (EnBW) hat bislang wenig erkennbares Interesse gezeigt, wie sie die Fernwärme klimaneutral erzeugen will. Hier soll die Stadt ein Signal setzen und ein Gutachten in Auftrag geben, welches aufzeigt, welche Schritte gemacht werden müssen, damit die Fernwärme im Jahr 2030 klimaneutral erzeugt wird.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

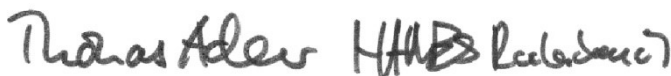
Machbarkeitsstudie zur Kreislaufwirtschaft: Müllverbrennung beenden

Wir beantragen:

1. eine technisch-wirtschaftliche Machbarkeitsstudie Kreislaufwirtschaft. Ziel der Untersuchung soll sein, wie die Restmüllmengen im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Zukunft nicht länger einer thermischen Verwertung zugeführt werden müssen, sondern in maximalem Maß recycelt werden können.

Begründung:

Spätestens im Jahr 2022 muss die Stadt über die Fortsetzung oder Beendigung der Verträge zur Restmüllverbrennung mit dem Energiekonzern Energie Baden-Württemberg (EnBW) verhandeln. Das EnBW-Müllheizkraftwerk in Münster ist derzeit der Hauptabnehmer des Stuttgarter Restmülls. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit soll die Stadt alle technischen Möglichkeiten untersucht haben, inklusive der Standortsuche, wie die Menge des zu verbrennenden Restmülls auf ein Minimum reduziert wird. In der Machbarkeitsstudie sollen auch Gewerbemüllanlagen und geeignete Standorte untersucht werden und Wege aufgezeigt werden, wie die Müllverbrennung vermieden werden kann.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erneuerung bzw. Verbesserung des Taubenturms Seilerwasen in Bad Cannstatt


Wir beantragen:

1. Die Treppe innerhalb des Taubenturms zur 1. Etage am Seilerwasen in Bad Cannstatt soll erneuert bzw. verbessert werden.

Begründung:

Die Stufen der Treppe zur ersten Etage des Taubenturms am Seilerwasen in Bad Cannstatt haben eine viel zu geringe Breite der Trittstufen. Zunächst waren die Trittstufen deutlich unter 19 Zentimeter breit – ein handelsüblicher Schuh der Größe 41 bzw. 42 liegt bereits bei 30 Zentimeter. Derart schmale Treppen stellen ein hohes Sicherheitsrisiko (Stolpergefahr) für die ehrenamtlichen Helfer*innen dar. Auf dieses Risiko machten die Betreuer*innen des Taubenhauses die Verwaltung in der Vergangenheit bereits aufmerksam. Nachdem Maßnahmen ergriffen wurden, verbreiterte sich die Breite der Trittstufen auf 19 Zentimeter, wodurch die Stolpergefahr aber durch die ungleichmäßige Breite der Trittstufen nicht wesentlich verringerte. So hat etwa die letzte oberste Treppenstufe nur eine 14 Zentimeter schmale Auftrittsfläche.

Die Vorschrift für Gebäudetreppen (DIN 18065) sieht vor, dass eine Mindestbreite von 26 Zentimeter für Gebäude mit üblichem Personenverkehr und für Fluchttreppen gelten muss – dies muss bei Taubentürmen zwar nicht zur Anwendung kommen, aber es sollte eine Orientierung sein, um die Unfallgefahr zu reduzieren. Zusätzlich muss auch noch der Faktor beachtet werden, die ehrenamtlichen Helfer*innen oftmals Kisten oder Säcke auf die Etagen tragen müssen, was das Risiko der Sturzgefahr nochmals deutlich erhöht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schaffung von sechs Fütterungsstellen für Tauben

Wir beantragen:

1. Die Einrichtung sechs Futterstellen für Tauben, am besten an Orten wo in Zukunft ein Taubenschlag entsteht.

Begründung:

Ein Vorbild, um die Taubenpopulation in den Griff zu bekommen ist das sogenannte Augsburger Modell. In der Vergangenheit wurde in der Debatte im Stuttgarter Gemeinderat von mehreren Fraktionen auf dieses Modell verwiesen. Außer Acht wurde dabei gelassen, dass beim Augsburger Modell nicht nur Taubenschläge, sondern auch Fütterungsstellen eine wichtige Rolle spielen. Die Fütterungsstellen sollen dafür sorgen, dass Tauben die Möglichkeit haben artgerechtes Futter zu bekommen. Derzeit herrscht in Stuttgart ein Mangel an artgerechtem Futter für Tauben.

Im optimalen Fall befinden sich diese Fütterungsstellen an Orten, wo künftig ein Taubenschlag entsteht bzw. entstehen kann. So kann die Fütterungsstelle nach Erbauung des jeweiligen Taubenschlages durch diesen ersetzt werden. Zudem wird der gebaute Taubenschlag dadurch dann besser angenommen, da die Tauben sich an den jeweiligen Platz durch die Fütterungsstellen gewöhnt haben.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

DieFrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Krankenstation für Tauben



Wir beantragen:

1. Die Schaffung bzw. Bereitstellung eine Krankenstation für Tauben.
2. Futterbudget in Höhe von 500 Euro pro Jahr

Begründung:

Verletzte Tauben sind keine Seltenheit, sondern die Regel im Alltag. Die ehrenamtlichen Helfer haben nicht die Kapazitäten, verletzte oder angeschlagene Tauben unterzubringen. Die Krankenstation soll auch die Trennung von gesunden Tauben gewährleisten, so dass keine Ansteckungsgefahr für diese besteht. Nach der Gesundung können die Tauben wieder in einem Taubenschlag integriert werden.

Für die Krankenstation soll ein ca. 20 Quadratmeter großer Raum gefunden werden, der ausreichend Tageslicht bietet. Der Raum sollte mit folgenden Gegenständen eingerichtet sein: mehrere Tische, auf denen die verletzten bzw. kranken Tauben behandelt und versorgt werden können; eine Voliere; ein funktionierender Wasseranschluss und ein Waschbecken; mehrere Futternäpfe sowie Spritzen zur Fütterung (ohne Kanülen).

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

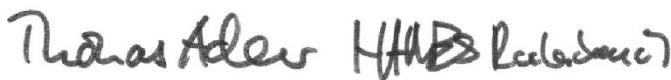
0,5 Stelle zur Betreuung der Taubenfütterungsstellen und Taubenschläge

Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer unbefristeten 50-Prozent-Stelle zur Betreuung der Fütterungsstellen und der Taubenschläge.

Begründung:

Zur Versorgung und Betreuung der jeweiligen Futterstellen und der Taubenschläge muss Personal bereitgestellt werden. Das überwiegend ehrenamtliche Team des Stadtaubenprojekts Stuttgart muss dafür professionelle und fachlich qualifizierte Unterstützung bekommen. In Hinsicht darauf, dass die ehrenamtlichen Helfer schon jetzt an der Belastungsgrenze angekommen sind, bedarf es weiterer städtischer Stellenanteile.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

DieFrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Rückstellung finanzieller Mittel für Max-Eyth-See

Wir beantragen:

1. Für die Sanierung des Max-Eyth-See bzw. die Stabilisation der ökologischen Situation werden zwei Millionen Euro zurückgestellt. Ziel muss es sein, dass der Max-Eyth-See nachhaltig und dauerhaft stabil bleibt hinsichtlich der (Über-)lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist der Max-Eyth-See wiederholt in dem Sinne gekippt, dass der Sauerstoffgehalt so gesunken ist, dass eine akute Gefährdung der dort lebenden Fische vorlag. Im Sommer 2019 schließlich sank der Sauerstoffgehalt so tief, dass schätzungsweise 50 000 Fische starben. Um eine solche Umweltkatastrophe künftig zu verhindern, reicht es bei weitem nicht aus, lediglich 85 000 Euro in den nächsten zwei Jahren in die Einzäunung des Max-Eyth-Sees und für Planungsmittel zur Verfügung zu stellen – eine dauerhafte Lösung muss jetzt endlich angegangen werden.

Das Ziel muss es sein, die Ökologie soweit wie möglich wiederherzustellen und zukünftig für eine stabile Situation am Max-Eyth-See zu sorgen. Dafür sind die zwei Millionen Euro ein erster Schritt, wenn eine Sanierung bzw. grundlegende Instandsetzung des Max-Eyth-Sees gelingen soll.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Weitere Taubenschläge schaffen

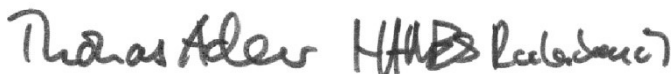
Wir beantragen:

1. Für die Schaffung weiterer Taubenschläge zum tierschutzgerechten Populationsmanagement sind 120.000 Euro pro Jahr für den Doppelhaushalt einzustellen.

Begründung:

Das Stuttgarter Taubenprojekt, eine Initiative des Tierschutzvereins Stuttgart und der Landeshauptstadt, wurde im Jahr 2008 gegründet. Bislang wurden zehn Taubenschläge in Betrieb genommen. Allerdings wurden auch einige Taubenschläge bereits wieder abgerissen. Auch der Taubenschlag an der Kriegsbergstraße soll aus bautechnischen Gründen entfernt werden. Für all diese bedarf es Ersatz und noch zusätzliche Taubenschläge.

Allein im Jahre 2018 wurden in den Taubentürmen über 6.000 Eier ausgetauscht - Tendenz steigend - und damit Taubennachwuchs erfolgreich vermindert. Eine große Notwendigkeit besteht dabei an Brennpunkten wie beispielsweise am Stuttgarter Hauptbahnhof, sowie am Marienplatz. Betreute Taubenhäuser sind die einzig mögliche, tierschutzgerechte Maßnahme, die Taubenpopulation nachhaltig zu verringern.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Berufung eines Tier- und Artenschutzbeauftragten

Wir beantragen:

1. Für die Sicherstellung und die Beobachtung der Tiere und Arten in Stuttgart wollen wir einen Arten- und Tierschutzbeauftragten berufen. Aufgabe des Arten- und Tierschutzbeauftragten wäre, dass dieser sich über die Situation der Tiere und die Arten in Stuttgart einen Überblick verschafft und diese beobachtet. Auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein bzw. anderen Vereinen und Ehrenamtlichen, welche wichtige Aufgaben in diesem Bereich übernehmen, sollen dabei die Regel sein. Die Beauftragte hat regelmäßig im Ausschuss für Klima und Umwelt Bericht zu erstatten.

Begründung:

Viele Aufgaben im Bereich Tier- und Artenschutz werden im Moment vernachlässigt bzw. an Vereine und Ehrenamtliche abgegeben, ohne dass diese große Unterstützung erfahren. So ist es beispielsweise beim Max-Eyth-See der Fall, dass der Württembergische Anglerverein sich um diesen kümmert. Ein weiteres Beispiel sind viele Haustauben ohne Behausung, um die sich überwiegend Ehrenamtliche kümmern. Selbst wenn die Aufgaben überwiegend ehrenamtlich gestützt werden, hat so hat die Stadt die Pflicht sich um den Arten- und Tierschutz zu kümmern (Art 20a, Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz: Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere (...)). Ein Artenschutzbeauftragter / eine Artenschutzbeauftragte sollte präventiv tätig sein, Schieflogen frühzeitig erkennen können und dadurch beispielsweise Vorkommnisse wie die Ökokatastrophe am Max-Eyth-See zu verhindern.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Steuerung der Mobilfunkversorgung

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart steuert den Ausbau der Mobilfunkversorgung sowohl von Makrozellen, Kleinzellen und Hotspots, um einen Antennenwildwuchs und die Mehrfachbelastung der Bevölkerung zu vermeiden. Dabei initiiert sie Pilotprojekte, bei denen Strahlenminimierungs- und Energieminimierungskonzepte erprobt werden. Dafür werden zwei Vollzeit-Stellen geschaffen.

Begründung:

Die Breitband- und die mobile Kommunikation gehören heute zur Daseinsvorsorge. Die Diskussion um die Gesundheitsrisiken der mobilen Kommunikation hält an. Das wachsende Datenaufkommen führt zu immer mehr Sendestationen. Alle Mobilfunkbetreiber wollen ihre Netze ausbauen, so dass neue Makrosender, aber auch hunderte Kleinzellen und Hotspots in der LTE- und 5G-Technik geplant werden. Die Mobilfunkbetreiber planen ausschließlich nach technischen Gesichtspunkten. Wie bei allen Techniken, bei denen Strahlung angewandt wird, muss auch hier das Alara-Prinzip (**As Low As Reasonably Achievable**) gelten, für dessen Verwirklichung die Stadt regulierend eingreifen muss.

Die Bundesregierung schreibt in ihrer "5 G Strategie für Deutschland": "Mit dem Ausbau von Kleinzellennetzen in Innenstädten, der steigenden Zahl privater Mobilfunkendgeräte sowie der Entwicklung von „Smart Cities“ / „Smart Villages“ und dem Internet der Dinge steigt die Anzahl der Geräte, die in der Nähe von Menschen elektromagnetische Felder aussenden. Deshalb werden die erforderlichen Genehmigungsverfahren an Komplexität zunehmen. Wir untersuchen deshalb den Optimierungsbedarf bei den derzeitigen Genehmigungs- und Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene und bei der Bundesnetzagentur. Wir prüfen insbesondere, ob Anpassungsbedarf hinsichtlich geltender Abstandsregelungen für Antennenstandorte im sog. Standortbescheinigungsverfahren besteht. Für den Ausbau kleinzelliger Mobilfunknetze (sog. Small Cells) schaffen wir frühzeitig verlässliche Rahmenbedingungen. Dabei bleibt gewährleistet, dass die Akzeptanz der Bevölkerung und die bestehenden hohen Sicherheitsstandards beim vorbeugenden Gesundheitsschutz in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit mit transparenten Informationen begleiten."

Die Städte können in Eigenverantwortung Planungsvorgaben machen, mit denen die Versorgung unter der Maßgabe "Mehr Daten mit weniger Strahlung" verwirklicht wird. Die


UMWELT, KLIMA & ENERGIE

neu gegründete Stelle "Mobilfunkplanung" erarbeitet dazu Vorschläge, auch auf der Basis der bereits in vergangenen Haushaltsberatungen verabschiedeten Anträge.

Zur Energieminimierung: Hunderte neue Sendeanlagen, die v.a. für das autonome Fahren und das Internet der Dinge geplant sind, verbrauchen enorme Mengen an Energie. Deshalb muss geprüft werden, ob nicht mit Roaming die Zahl der Sendeanlagen massiv verringert werden kann. Auch sollte geprüft werden, und welche energiesparenden Lösungen auf dem Markt sind und ob optische Alternativen (VLC/LiFi) für die Outdoor-Anwendungen bereits angeboten werden. Dazu sollte ein Bericht erstellt werden. Die Stadt Stuttgart legt einen Bericht zum ökologischen Fußabdruck des Energieverbrauchs der bisherigen Sendeanlagen als auch der Batteriepuffer und der Steigerung durch die zusätzlich geplanten Anlagen vor. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung. Globale Umweltveränderungen (WBGU) weist in seinem Gutachten ausdrücklich auf diese Problematik hin:

"Digitalisierung kann ohne klare Rahmenbedingungen als Brandbeschleuniger des steigenden Energie- und Ressourcenbedarfs sowie der Treibhausgasemissionen wirken. Wenn Milliarden neue Geräte in den kommenden Jahren vernetzt werden, wird die Energienachfrage von Datenzentren und Übertragungsdiensten steigen. Grundvoraussetzung, um die Potenziale der Digitalisierung für die Transformation der Energiesysteme und den Klimaschutz zu nutzen, sind daher effektive Klima- und energiepolitische Rahmenbedingungen, wie sie der WBGU in früheren Gutachten bereits ausgeführt hat (Zusammenfassung Handlungsempfehlungen, S.15)."

"Denn der WBGU dehnt den Analyseraum über seinen Kernkompetenzbereich hinaus aus, weil das künftige Schicksal der planetarischen Umwelt massiv vom Fortgang der digitalen Revolution abhängen wird. Er mischt sich in einen gesellschaftlichen Diskurs ein, der immer hektischer geführt wird, weil es um die globale Innovationsführerschaft im 21. Jahrhundert geht. Und er versucht, Antworten auf Kernfragen zu finden – Fragen nach der mittelfristigen Zukunft, **ja sogar nach dem schieren Fortbestand des Anthropos auf der Erde**. Nur wenn es gelingt, die digitalen Umbrüche in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten, kann die Nachhaltigkeitstransformation gelingen. Digitalisierung droht ansonsten als Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern zu wirken, die die planetarischen Leitplanken durchbrechen (Zusammenfassung, S. 1)."



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kommerzielles Werbeverbot im öffentlichen Raum und an städtisch beherrschten Einrichtungen

Wir beantragen:

1. Ein Verbot der Verteilung kommerzieller Flyer (außer für Kultur und Sport) im öffentlichen Raum in der LHS.
2. Ein Verbot der Werbung für kommerzielle Produkte (außer für Kultur und Sport) im öffentlichen Raum der LHS, insbesondere auch kommerzieller Ausstellungen im öffentlichen Raum.
3. Den Abbau bzw. die Nichtgenehmigung im Rahmen der Möglichkeiten der LHS für rein kommerzielle Werbeträger im öffentlichen Raum.
4. Haltestellen und öffentliche Fahrzeuge wie z.B. die der SSB tragen künftig keine Firmennamen oder kommerziellen Produktnamen mehr.
5. Einrichtungen wie die Landesmesse Stuttgart sind davon ausdrücklich ausgenommen (soweit vorhanden findet die eigentliche Werbung innerhalb der Messe statt, die Bewerbung von Messen bleibt weiterhin statthaft).
6. Soweit möglich werden Leuchtreklamen außerhalb der Geschäftszeiten der Betreiber verboten (Energiesparen und Eindämmen der Lichtverschmutzung).
7. Die Mindereinnahmen durch diese Regelungen werden im DHH und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Begründung:

Dieser Antrag ist primär durch Klima- und Umweltschutz motiviert: Werbung ist eine besondere Form der Ressourcen- und Energieverschwendung sowie Umweltbelastung und in dieser Hinsicht eine besonders leicht einzusparende Form derselben.

Zudem trägt kommerzielle Werbung maßgeblich zur Wachstumsideologie bei, die gemäß dem Club of Rome unseren Planeten bereits an den Rand zum Kollaps gebracht hat, indem sie den Konsum anheizt, was eine ihrer wichtigsten und somit extrem schädlichen Aufgaben ist.

Schließlich sind die Einwohner und Besucher Stuttgarts von solcher Werbung in der Regel nur genervt und würden nur zu gerne auf diese unerwünschte Behelligung durch Reklame im

UMWELT, KLIMA & ENERGIE



öffentlichen Raum verzichten, d.h. die Lebensqualität in der LHS steigt dadurch an.
Verschiedene Städte wie Stockholm haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fit für die Zukunft: Die SWSG wird bis 2030 klimaneutral

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung kalkuliert ein Budget und stellt einen Zeitplan auf, mit dem Ziel, dass alle Liegenschaften der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG energetisch saniert und bis zum Jahr 2030 klimaneutral sind.
2. Energetische Sanierungen werden grundsätzlich warmmietenneutral vorgenommen. Die Verwaltung kalkuliert hierfür ein Budget, welches die SWSG benötigt um die unter Antragspunkt 1 formulierten Anforderungen umsetzen zu können.

Begründung:

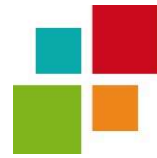
Die städtische Wohnungsbaugesellschaft steht vor der Herausforderung, alle Liegenschaften bis zum Jahr 2030 energetisch zu sanieren und klimaneutral zu machen. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:

- a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
- b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Für die Mieter*innen der SWSG muss der Grundsatz gelten: Alle Maßnahmen müssen warmmietenneutral sein. Die Kosten der energetischen Sanierung dürfen nur in dem Maße auf die Kaltmiete umgelegt werden, wie die Betriebskosten für Heizung und Strom sinken. Kein Mieter soll nach der Sanierung fürs Wohnen mehr Geld ausgeben müssen wie vor der Sanierung.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzungen für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage der SWSG Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegenschaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärmepumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Anlagen vorliegen oder geschaffen werden können. Ziel muss es sein, dass im Jahr 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert und klimaneutral sind. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.

UMWELT, KLIMA & ENERGIE



Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ausbau der Digitalisierung an Stuttgarter Schulen mit VLC / LiFi Ausstattung

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart empfiehlt und fördert die Verkabelung aller Schulen mit Glasfaser und für die mobile Kommunikation mit Visible Light Communication (VLC) bzw. LiFi.

Begründung

Für die komfortable Nutzung digitaler Medien ist die Anbindung an ein schnelles Glasfasernetz aller Schulen Voraussetzung. Die Stadt Stuttgart fördert diesen Ausbau. Ab Herbst 2019 können die Schulen Gelder aus dem Digitalpakt der Bundesregierung für die Installation einer internen digitalen Infrastruktur beantragen. Dabei wird zur Voraussetzung gemacht, dass die Schulen mit WLAN ausgestattet sind. WLAN ist eine umstrittene Technik, einerseits weil WLAN problemlos abgehört werden kann, andererseits wegen der Strahlenbelastung, sowohl durch die Accesspoints als auch die Endgeräte. Am Hegel-Gymnasium läuft deshalb das von der Stadt Stuttgart geförderte Pilotprojekt des Heinrich-Hertz-Instituts zu VLC. Damit hat die Stadt zur Erprobung einer Innovation beigetragen. Inzwischen ist diese Technik serienreif und wird von der Firma Signify/Philips am Markt angeboten. Die LiFi-Technologie bietet eine schnelle und stabile Alternative zu WLAN. So ist z.B. der Pressekonferenzraum des Hamburger Volksparkstadions mit 84 Philips PowerBalance gen2-LED-Einbauleuchten ausgestattet, die dazuhin äußerst energieeffizient sind. Über diesen stellen sie eine verschlüsselte Internetverbindung von bis zu 150 Megabit pro Sekunde (Mbps) bereit. Die Nutzer erhalten einen USB Access Key, den sie an ihren Laptop anschließen können, um so über die Beleuchtung einen stabilen Internetzugang mit hohen Übertragungsgeschwindigkeiten zu bekommen. Die Lichtverbindung bietet dazuhin einen guten Datenschutz, da sie durch IMSI-Catcher von außen nicht abgehört werden kann. Angesichts der Studienlage zu WLAN orientiert sich die Stadt am Vorsorgeprinzip und beachtet die offiziellen Empfehlungen.

- In der Gebrauchsanweisung der neuen Telekom-Router steht diese Warnung:
"Funksignale: Die integrierten Antennen Ihres Speedport senden und empfangen Funksignale bspw. für die Bereitstellung Ihres WLAN. Vermeiden Sie das Aufstellen Ihres Speedport in unmittelbarer Nähe zu Schlaf-, Kinder- und Aufenthaltsräumen, um die

UMWELT, KLIMA & ENERGIE

Belastung durch elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten"(TELEKOM 2017).¹

- Das Umweltbundesamt empfiehlt: *"WLAN-Access-Points, WLAN-Router und Basisstationen von Schnurlostelefonen kommen am besten in den Flur oder einen anderen Raum, in dem man sich nicht dauernd aufhält. Schlaf- und Kinderzimmer sind dagegen nicht geeignet. WLAN-Router lassen sich abschalten, wenn man sie nicht benutzt. Besonders nachts ist das empfehlenswert"* (UMWELTBUNDESAMT 2013).
- Das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt: *„Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) empfiehlt generell, die persönliche Strahlenbelastung zu minimieren, um mögliche, aber bisher nicht erkannte gesundheitliche Risiken gering zu halten. Einfache Maßnahmen sind hierfür:*
 - *Bevorzugen Sie Kabelverbindungen, wenn auf Drahtlostechnik verzichtet werden kann.*
 - *Vermeiden Sie die Aufstellung von zentralen WLAN-Zugangspunkten in unmittelbarer Nähe der Orte, an denen sich Personen ständig aufhalten, zum Beispiel am Arbeitsplatz.*
 - *Falls vorhanden, stellen Sie die Reichenweitenbegrenzung ein, um die maximale Strahlungsleistung zu reduzieren“* (Bundesamt für Strahlenschutz 2012).

Hintergrund dieser Empfehlungen: In der wissenschaftlichen Literatur wird auf hoher wissenschaftlicher Ebene im Springer Reference-Book "Systems Biology of Free Radicals and Antioxidants" (NAZIROGLU 2014) in einer Metastudie zu Ergebnissen der Forschung zur WLAN-Frequenz darauf hingewiesen, dass gerade auch schwache WLAN-Strahlung gesundheitsschädlich ist.² Die bisher größte 2,45 GHz - Überblicksstudie (Review) *„Biologische und pathologische Wirkungen der Strahlung von 2,45 GHz auf Zellen, Kognition und Verhalten“* (Wilke 2018) dokumentiert mehr als 100 Studien und kommt zu dem Schluss: *„Die geltenden Grenz- und SAR-Werte schützen nicht vor den gesundheitlichen Risiken der WLAN-Strahlung. Die negativen Auswirkungen auf Lernen, Aufmerksamkeit und Verhalten begründen für Erziehungsinstitutionen aller Altersstufen einen Verzicht auf WLAN-Anwendungen ... WLAN sollte nicht in Schlafzimmern, an Arbeitsplätzen, in Aufenthaltsräumen, Krankenzimmern, Hörsälen, Klassenzimmern und in öffentlichen Verkehrsmitteln genutzt werden.“*

Angesichts solcher Ergebnisse ist es naheliegend, bei vorhandenen Alternativen diese zu nutzen und auf WLAN an Schulen zu verzichten.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch

Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

¹ Bedienungsanleitung Speedport Smart, Telekom, 2017, S. 21

² NAZIROGLU M, AKMAN H (2014): Effects of Cellular Phone - and Wi-Fi - Induced Electromagnetic Radiation on Oxidative Stress and Molecular Pathways in Brain, in: I. Laher (ed): Systems Biology of Free Radicals and Antioxidants, Springer Berlin Heidelberg, 106, S. 2431-2449

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stadtwald - Pflegerische Waldstrategie

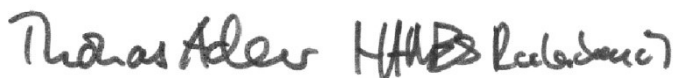
Wir beantragen:

1. Die in der GRDRs 593/2019 „Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Stadtwald“ dargestellten Maßnahmen werden vollständig in den Haushaltsplan übernommen.
2. Das Amt legt 2020 ein Personalkonzept vor, wie es in der FSC-Zertifizierung ausdrücklich gefordert wurde.
3. Im Stellenplan werden ab 2020 1,0 Funktionsstellen „Waldökologie“, 2,0 Stellen Forstwirte und 1,0 Meisterstelle für den Ausbildungsbetrieb unbefristet geschaffen.

Begründung:

Der Wald ist ein unverzichtbares Ökosystem für die Stadt. Er ist entscheidend für die Lebensqualität der Bevölkerung, reguliert das lokale Klima, hat das Potential in Biomasse und humösen Schichten als CO₂-Senke zu wirken, fungiert als Frischluftspender, als Habitat, sowie als Erholungsraum und Stätte zur Schärfung des Umweltbewusstseins. Wir wollen ihn im Sinne einer pflegerischen Strategie zu einer stabilen Waldgesellschaft weiterentwickeln, Eingriffe minimieren und naturnah pflegen.

Sowohl der Wald als auch das Personal, das beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt mit der umfassenden Betreuung betraut ist, steht vor aktuell vor enormen Belastungen und Herausforderungen, insb. durch die Auswirkungen des Klimawandels und der organisatorischen Trennung vom Staatswald. In der Mitteilungsvorlage GRDRs 593/2019 sind erste wichtige Schritte dargelegt, das Amt organisatorisch, personell und fachlich fit zu machen, um den Herausforderungen zu begegnen. Es gilt insbesondere die notwendigen Liegenschaften zu als Betriebsstätten zu revitalisieren, die Ausbildungsfähigkeit des Betriebs zu erhalten und angesichts der hohen Zahl unbesetzter Stellen ein Personalkonzept vorzulegen. Daher werben wir dafür, alle in der Drucksache und im Antrag aufgeführten Maßnahmen im Doppelhaushalt und Stellenplan zu verankern.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Baumschule im Garten-, Friedhofs- und Forstamt prüfen

Wir beantragen:

1. Ergänzend zur GRDRs 573/2019 „Weiterentwicklung des Betriebsstandorts Fasanenhof“ wird die Realisierung einer kommunalen Baumschule auf dem Betriebsgelände und in dessen Umfeld untersucht. Die für das Jahr 2020 vorgesehene Planung für die Ermittlung von Baukosten soll um diesen Untersuchungsauftrag erweitert werden. Mit Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 soll so eine entscheidungsreife Grundlage für den Gemeinderat vorliegen. Die ggf. zusätzlich anfallenden Kosten für eine Machbarkeitsstudie bzw. für erhöhte Planungskosten sind von der Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatungen darzustellen.

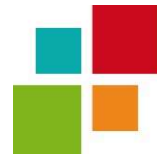
Begründung:

Stadtbäume sind aufgrund der Umweltbedingungen und begrenzter Wurzelräume Dauerpatienten. CO₂, Feinstaub, Strahlungshitze, Bauarbeiten, Streusalzeintrag und Wassermangel, das bedeutet Stress für die Bäume: Tausalz, Autoreifen und Bodenarbeiten schädigen das Wurzelwerk, Staub und Luftschadstoffe setzen den Blättern zu, Trockenheit und asphaltbedingte Strahlungshitze sind seit jeher Stadtprobleme, ebenso wie höhere Temperaturen als im Umland. Großstadtgehölze müssen andererseits kräftige Starkregen ertragen, heftigen Stürmen in Häuserschluchten widerstehen und sich eingeschleppter Schädlinge erwehren. Einige Arten wie Kastanien oder Eschen sind dazu kaum noch in der Lage. Über kurz oder lang werden sie wohl aus dem Stadtbild verschwinden und durch stressresistente Baumarten zu ersetzen sein.

Der Fall der Blutbuche am Stadtpalais ist ein Beispiel für den regelmäßig auftretenden Verlust selbst großkroniger Stadtbäume. Insbesondere aufgrund des sich rasant verändernden Lokalklimas und des Auftretens von Kalamitäten ist der Baumbestand in bebauter Umgebung intensiv zu pflegen und die Kompetenzen zur Gesunderhaltung dieser grünen Lungen in der Verwaltung zu schaffen.

Angesichts der großen Zahl der jährlich zu ersetzenden und neu zu pflanzenden Straßenbäume (ca. 500 pro Jahr), und der begrenzten Kapazitäten bei externen Zulieferern, stellt sich die Frage nach der Möglichkeit, klimatolerante bzw. –resistente Jungbäume im Amt zu ziehen. Hierüber soll eine Machbarkeitsstudie Auskunft geben.

UMWELT, KLIMA & ENERGIE



Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Bewässerungssystem zur Verbesserung der Baumgesundheit erproben

Wir beantragen:

1. Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt erprobt pilothafte Lösungen der Verbesserung der Stadtbaumgesundheit durch unterirdische und bodennahe Bewässerungssysteme. Hierfür sind ab dem Haushaltsjahr 2020ff 30.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Vertrocknetes Blattwerk ist allgegenwärtiges Anzeichen für die Schädigung der Straßenbäume durch Hitzestress. Experten weisen darauf hin, dass ein Straßenbaum früher im Schnitt 80 Jahre stand, und diese Lebensdauer heute teilweise nur noch 20 Jahre beträgt. Damit sinkt auch die stadtoökologische Wertigkeit des Baumbestands. Durch den fortschreitenden Klimawandel wird sich dieses Problem weiter verschärfen.

Angesichts des Umstands, dass Stuttgart ein Grundwassermangelgebiet ist, und ein sparsamer Umgang mit Wasser geboten ist, müssen sparsame Bewässerungssysteme erprobt werden, um die Baumgesundheit in langanhaltenden Hitzeperioden sicherzustellen und den Baumbestand widerstandsfähig ggü. Extrembelastungen zu machen. Heilbronn hat diesbezüglich lange Erfahrungen zur Versorgung von Stadtbäumen an Extremstandorten. Auch die Stadt Wiesbaden erprobt lokale Systeme, u.a. den „Bewässerungssack“. Deren Expertise kann im Zuge der Erprobung herangezogen werden.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Zeitarbeitsarbeiten im Bereich der Baum- und Friedhofspflege ins Amt zurückholen

Wir beantragen:

1. Baumpflege: Ausgehend von der GRDRs 518/2019 wird das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in die Lage versetzt, die Aufträge für den 2. Pflegezeitraum ab dem 01.10.2020 hälftig durch eigene unbefristete Mitarbeiter*innen auszuführen. Dazu ist die Hälfte der Summe (ca. 675.000 Euro) aus der jährlichen Vergabe für den Aufbau des notwendigen Personals und zur Deckung der Sachkosten umgeschichtet. Die Verwaltung stellt dies im Zuge der Haushaltsplanberatungen dar.

2. Friedhöfe: Ausgehend von der GRDRs 522/2019 wird das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in die Lage versetzt, die Aufträge ab dem 01.10.2020 hälftig durch eigene unbefristete Mitarbeiter*innen auszuführen. Dazu ist die Hälfte der Summe (ca. 206.000 Euro) aus der jährlichen Vergabe für den Aufbau des notwendigen Personals und zur Deckung der Sachkosten umgeschichtet. Die Verwaltung stellt dies im Zuge der Haushaltsplanberatungen dar.

Begründung:

Die Erfahrungen zeigen, dass diese wiederkehrenden Pflegeaufgaben qualitativ und kostengünstiger erfolgen, wenn sie mit eigenen Mitarbeiter*innen beim zuständigen Amt ausgeführt werden. Zudem steigt die Reaktionsfähigkeit des Amtes, was u.a. im Sinne der Verkehrssicherungspflicht vorteilhaft ist.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Die nachhaltige Stadt bekämpft Lebensmittelverschwendung

Wir beantragen:

1. Zur nachhaltigen Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung erstellt die Stadt Stuttgart eine Kostenschätzung und erarbeitet Vorschläge, wie dieses Ziel effizient über städtische Koordination und Bereitstellung von Haushaltsmitteln erreicht werden kann. Dazu wird der personelle Bedarf abgeschätzt und Vorschläge für die Ansiedlung der Koordinationsfunktion (z.B. beim Umweltamt) erarbeitet. Die Lebensmittelverschwendung soll sowohl in den Bereichen Lebensmittel- Erzeugung, -verarbeitung und –handel wie auch beim Endverbraucher*innen minimiert bzw. verhindert werden. Die Kostenschätzung sollte folgende Punkte beinhalten:
 - a. Es werden Informationsmaterialien entwickelt, um sowohl die Bevölkerung als auch (in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung - CSR) die beteiligten Unternehmen (Erzeuger, Verarbeiter, In-Verkehr-Bringer und Großverbraucher wie Kantinen) aufzuklären und zu einem ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln zu bewegen. Dazu gehören auch Themen wie Vermeidung von Lebensmittel-Abfall, Bedeutung des MHD und Möglichkeiten des Lebensmittelteilens. Synergieeffekte bei Bestrebungen um Erhöhung des Bioanteils beim Lebensmittel-Einkauf, Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte, weniger Fleisch und Plastikvermeidung, auch mit Blick auf städtische Einrichtungen, können entstehen, wenn die gesamte Thematik gebündelt wird.
 - b. Im Ausschuss für Klima und Umwelt findet das Thema Lebensmittel-Verschwendung Eingang. Vertreter der entsprechenden Lebensmittelrettungsinitiativen werden eingeladen, ihre Expertise einzubringen. Wenigstens 1x jährlich wird dort über die Fortschritte bei der Verringerung der Lebensmittel-Verschwendung berichtet.
 - c. Der Umweltpreis 2020 wird unter das Thema „Kampf gegen Lebensmittel-Verschwendung“ gestellt und entsprechend beworben.
 - d. Die Stadt bietet den am Lebensmittelvertrieb beteiligten Unternehmen Beratung zur Abfallvermeidung an, z.B. durch bessere Warendisposition, Ermöglichung von Nachernte, billigeren Abverkauf von Vortagsware und prüft, welche verpflichtenden Vorgaben möglich sind wie Spende an Tafeln und andere soziale Einrichtungen oder die Abgabe an Foodsharing-Initiativen.

UMWELT, KLIMA & ENERGIE

- e. Um die „Verschenk-Lebensmittel“ möglichst ohne lange Anfahrtswege zu den Verbraucher*innen zu bringen, werden sogenannte „Fairteiler“ benötigt. Mittelfristig soll in jedem der 156 Stuttgarter Stadtteile eine solche Einrichtung entstehen, in der nicht benötigte Lebensmittel sowohl von Privatleuten als auch von den ehrenamtlichen Lebensmittelretter*innen aus der Abholung bei Betrieben deponiert werden können. Diese Fairteiler sind öffentlich für jedermann/frau zugänglich. Die Stadt Stuttgart stellt hierzu Räume in ihren stadteigenen Gebäuden, z.B. Rathäusern, Bürgerzentren u.ä. zur Verfügung, die sie mit der notwendigen Einrichtung und Infrastruktur ausstattet. (Regale, Kühlschränke, Strom- und Wasseranschluss). Beispielhaft geht hier Tübingen voran, wo in Kooperation von Stadtverwaltung und Stadtwerken Tübingen (SWT) mit Foodsharing im Rathaus ein sogenannter Fairteiler eröffnet wurde. Das Rathaus trägt die Kosten für Strom, Wasser, etc. und auch ein Teil der Pflege wird vom Rathaus-Personal übernommen. Wo solche Räume in städtischer Hand nicht zur Verfügung stehen, unterstützt die Stadt die Foodsharing-Gruppen bei der Suche nach passenden Standorten und übernimmt die Kosten für die Fairteiler.

Begründung:

Der WWF hat in einer Studie 2015 festgestellt, dass alleine in Deutschland jährlich 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll landen. 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar. Für Stuttgart mit über 600 000 Einwohnern bedeutet dies rund 75.000 Tonnen genießbare Lebensmittel, die statt in menschlichen Mägen, im Müll, bestenfalls im Kompost oder als Tierfutter enden.

Laut WWF entstehen 61% der Verluste auf dem Weg von der Produktion über Verarbeitung, Handel bis zum Großverbraucher, für 39% sind die Endverbraucher*innen verantwortlich.

Abgesehen von der ethischen Problematik angesichts Millionen Hungernder weltweit bedeutet dies eine gigantische Verschwendung von Ressourcen wie Ackerfläche, Wasser, Energie, Arbeitskraft, Rohstoffe für die Düngemittel- und Pestizidproduktion usw. Die 10 Mio. Tonnen deutschlandweit erzeugen 48 Mio. Tonnen Treibhausgase, Rückstände von Nitrat und Pestiziden belasten das Grundwasser. 10 Mio. Tonnen Lebensmittel werden aufwändig be- und verarbeitet und weite Wege transportiert, nur um in der Mülltonne entsorgt zu werden. Dies schadet dem Klima und der Umwelt massiv.

Zwar werden durch die Tafeln in Stuttgart täglich rund 40 Tonnen Lebensmittel (im Jahr ca. 10.000 t) eingesammelt und in den 4 Tafelläden an Bedürftige günstig abgegeben; angesichts der 75 Tsd. t vermeidbaren Lebensmittel-Mülls in Stuttgart müssen auch von Seiten der Stadt Anstrengungen unternommen zu werden, die Verschwendung zu verringern.

Lebensmittelüberschüsse müssen auf allen Stufen von der Produktion bis zum Verbrauch so weit wie möglich in Stuttgart vermieden werden. Für auch weiterhin unvermeidlich entstehende Lebensmittel- Überschüsse und nicht verkäufliche Reste unterstützt die Stadt ehrenamtlich tätige Organisationen wie Tafeln und Foodsharing in ihrem Bemühen, Lebensmittel- Überschüsse dem menschlichen Genuss zuzuführen, wozu eine flächendeckende Infrastruktur nötig ist.

UMWELT, KLIMA & ENERGIE



Die FrAKTION

› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender



UMWELT, KLIMA & ENERGIE

9. Das bestehende Diktat des Sachbezugswerts soll gelockert werden, indem bei Überschreiten dieses Wertes fällige Steuern von der Stadt getragen werden.
10. Der Gesamtrahmen für den Essenspreis in Höhe von 3,60€ bleibt erhalten
11. Veganes/vegetarisches Essen muss zwingend preisgleich mit oder in der mittelfristigen Preisentwicklung günstiger als Fleischgerichten sein.

Begründung:

Der Zusammenhang mit Klima- und Umweltbelastungen durch die Tierhaltung (CO₂, Methan, Nitratbelastung in Boden und Grundwasser durch Gülleausbringung) ist längst wissenschaftlich bewiesen. So stammen beispielsweise 18 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung. Studien ergeben ganz klar, dass eine vegane Ernährung im Vergleich zu tierischen Erzeugnissen um einiges umwelt- und klimaverträglicher ist. Zudem hat die Essenswahl auch Einfluss über Stuttgart hinaus. So ist es nicht ungewöhnlich, dass für die Tiere in Deutschland Futtermittel bzw. Kraftfutter genutzt wird (beispielsweise Soja), welches seinen Ursprung aus Regenwaldgebieten hat. Damit trägt die Stadt Stuttgart sehr wohl eine Verantwortung über die Stadtgrenzen und sogar über unseren Kontinent hinaus.

Wenn die Stadt Stuttgart den Klimaschutz ernst nehmen möchte, muss auch eine tier- und klimafreundliche Essensauswahl möglich sein, welche durch die Einführung eines veganen Gerichts auf der Tageskarte sichergestellt werden soll. Diese Forderung nach einer ständig verfügbaren veganen Alternative in städtischen Kantinen, wurde auch bereits 2016 von dem Jugendrat (Drucksache 2/2016) eingebracht. Die beantragten Punkte sind zudem mit dem Gesamtpersonalrat(GPR) der Landeshauptstadt Stuttgart abgesprochen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender